

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847**

55 (10.7.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Juli bis 30. Dezember 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 kr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

# Die Rundschau.

N<sup>o</sup> 55.

Karlsruhe, Samstag den 10. Juli

1847.

Herausgegeben von Karl Mathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Inserate annehmen. Einrückungen werden mit 3 kr. für den Raum der dreifünfteligen Petitzeile berechnet.

Carlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Die schweizerische Tagsatzung ist am Montag, 5. Juli, in Bern eröffnet worden. Mit mehr als gewöhnlicher Aufmerksamkeit wenden sich in diesem Jahre nicht nur die Eidgenossen, sondern auch ihre deutschen, französischen und italienischen Nachbarn der Versammlung zu, von welcher das Nämliche erwartet wird, was unlängst in München geschehen ist, nämlich, daß die verfassungswidrigen Uebergriffe der Jesuitenpartei nicht länger geduldet werden. Die Diplomaten, so geschäftig in ihren Bemühungen, das langsame aber sichere Vorschreiten der liberalen Schweiz gegen den ewigen Feind ihres Friedens und ihrer Bildung aufzuhalten, tragen ihren offiziellen Verdruss gegen Bern durch Fernhalten von der Feierlichkeit der Eröffnung und von dem Sitze der Versammlung zur Schau. Die Gerüchte von bewaffnetem Einschreiten der Nachbarmächte, falls die Widersegligkeit der kleinen Kantone, gegen Auflösung ihres Sonderbundes, durch wirksame Executionsmittel gebrochen werden sollte, wiederholen sich mit besonderem Nachdruck, und Herr Guizot hat in der französischen Deputirtenkammer das herzhafte Einverständnis der Tuilerien mit Wien über ihre Politik gegenüber der Schweiz verkündet. Diese Mittel, um auf die Gemüther der Tagherren wie der Kantonsregierungen zu wirken, werden aufgewogen durch das Gefühl der Pflicht, einen den Bund und seinen Frieden bedrohenden Staat im Staate (Sonderbund) nicht bestehen zu lassen, dagegen seinen Gliedern den Vorwand ihrer gemeinsamen Rüstungen dadurch zu nehmen, daß ihnen der Bund die nöthigen Garantien gegen Angriffe von Außen gewährt. Dies ist schon durch die Gesetze gegen die Freischaaren geschehen. Allein der Sonderbund verlangt nicht nur dies, sondern die Wiederherstellung der aargauischen Klöster und die Beibehaltung der Jesuiten. Sie wollen die verlorenen Vorposten der streitenden Kirche im Aargau wieder haben, um das Feuer der Zwietracht unter der Bevölkerung gemischten Bekenntnisses auf's Neue schüren zu können; sie wollen den Generalstab der Armee, welche Päbsten, Kaisern und Königen, geschweige denn dem Frieden kleiner Republiken gefährlich wurde und deshalb fast überall abziehen mußte, aus dem Mittelpunkte der katholischen Schweiz nicht entfernen. Die Klöster im Aargau haben den Aufruhr gegen Regierung und Verfassung des Landes zwei und drei Mal angefaßt; sie drohten, den Staat in Anarchie aufzulösen und mußten darum aufgehoben werden. Das Begehren nach ihrer Wiederherstellung ist gleichbedeutend mit dem Verlangen nach Bürgerkrieg und es kann demselben nicht statt gegeben werden. Das Begehren zu unterstützen, das heißt, mit guten Gründen zu unterstützen, wird den Diplomaten nach dem Vorgang mit Krakau um so schwerer fallen, und nach der Erklärung der Höfe von Oesterreich und

Preußen bei dem deutschen Bunde, daß jeder Vertrag den Werth gegenseitig gelobter Treue habe, und daß Krakau darum nicht wieder als Staat hergestellt worden sei, weil er sich in Anarchie aufgelöst und die Ruhe in den Nachbarstaaten gefährdet habe. Hat man aus solchen Gründen einen unabhängigen Staat aufgehoben, so kann man auch die Herstellung aufrührerischer Klöster nicht verlangen. Der Einzug der Jesuiten in Luzern geschah mit mehrfacher Verletzung der Verfassung. Der Orden ist dem Frieden der Schweiz gefährlich, seine Ausweisung ist nothwendig, um den Frieden herzustellen und zu erhalten. Wie nun Frankreich, welches die Jesuiten im eigenen Lande wenigstens nicht mehr offen auftreten läßt, ihnen in der Schweiz das Wort reden mag, wie Oesterreich und Preußen, die als Großmächte im deutschen Bunde weit harmlosere Vereine und Verbindungen unterdrückt und verpönt haben, dem eidgenössischen Bunde das Recht bestreiten mögen, die Jesuiten zu entfernen, das wird der schlichte Sinn des Volkes nicht begreifen, wenn er nicht annehmen soll, daß statt der Erhaltung der Schweiz und ihres Friedens ganz andere Zwecke erstrebt werden.

Wenn nun die Mehrheit der Kantone, indem sie ihre Gesandten anwies, bei der Tagsatzung für die Auflösung des Sonderbundes und die Entfernung der Jesuiten aus der Schweiz zu stimmen, ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllte, so kommen noch äußere Umstände hinzu, welche sie über die Drohungen mit bewaffneter Einschreitung von Außen beruhigen können. Herr Guizot sagte nicht: „wir werden einschreiten,“ sondern: „wir werden prüfen.“ In der Kammer und in der ganzen unabhängigen Presse sprach sich die entschiedenste Mißbilligung eines feindseligen Auftretens gegen die liberale Schweiz nachdrücklich aus. Das Ministerium Guizot aber hat durch seine Skandalprozesse, durch seine Finanzverlegenheiten und die Entrüstung aller Redlichen über die maßlose Corruption der Verwaltung hinlängliche Unannehmlichkeiten, um sich vor weiteren zu hüten. Das englische Kabinet ist gegen eine Intervention in der Schweiz. In den Sonderbundskantonen selbst bestehen mehr oder minder starke Parteien, welche den auf ausländische Hülfe bauenden Führern entgegengetreten und zum Widerstand gegen einen gesetzlichen Beschluß der Tagsatzung nicht die Hand bieten werden. Der Kanton Zug hat bereits erklärt, daß er sich in diesem Falle neutral verhalten werde; in Luzern wird der große Theil der Bevölkerung, welcher dem Jesuitenregiment abhold ist, nur durch Schreden niedergehalten; in Schwyz sind die Parteien an Zahl fast gleich; Uri und Unterwalden werden wenig Lust bezeigen, von ihren Bergen herabzusteigen, um sich für die Jesuiten gegen die Eidgenossen zu schlagen; Freiburg und Wallis sind durch Bern

und Waadt im Schach gehalten, und im Innern von starken Parteien bedroht.

Ein Beschluß der Tagsatzung, für Auflösung des Sonderbundes und Entfernung der Jesuiten, wird mit dem ganzen Ansehen, welches ein gesetzlicher Ausspruch auf die Gemüther eines freien Volkes übt, die Freunde stärken, die Gegner lähmen, ihre Führer isoliren. Um so wohlthätiger wird diese Wirkung sein, wenn die Tagsatzung Ernst zeigt, wenn sie sich über die Maßregeln zum kräftigen Vollzuge ihres Beschlusses einigt. Je weniger sie die nöthigen Maßregeln scheut, desto mehr werden die Gegner sich scheuen, es auf das Aeußerste ankommen zu lassen. Vieles hängt hier von der Stimme des Kantons Zürich ab, an dessen doctrinären Bedenken energische Anträge vermuthlich scheitern werden. Die Halbheit aber kann nur dazu dienen, der Jesuitenpartei Hoffnung und Muth einzulösen. Die nächste Zukunft wird entscheiden, welche Ansicht siegen wird. Die Wendung der Dinge in der Schweiz ist auch für uns von Bedeutung. Wir werden dem Gang der Verhandlungen in Bern aufmerksam folgen.

Die Rede, womit der Bundespräsident, Obrist Ulrich Dachsenbein, am 5. d. die Tagsatzung eröffnete, heißt im Eingang die Gesandten willkommen, und führt ihnen die allgemeine Erwartung und Spannung vor Augen, welche die diesjährige Versammlung erregt, weil es sich um die wichtigsten Güter der Menschheit, um die unerlässlichen Bedingungen eines freien, geistigen Lebens, um die Wahl zwischen Fortschritt und Stillstand handelt. Die Erscheinungen dieses Kampfes, welcher ganz Europa bewegt, sind entgegengesetzter Art. Auf der einen Seite, der Fall Polens, eine noch fortblutende Wunde, die „bedeutungsvolle, weil allem Völkerrecht zuwider laufende Vernichtung der Selbstständigkeit einer Schwester Helvetiens, der Republik Krakau, zum Hohne der civilisirten Welt verübt,“ an den Ufern des Tajo die Unabhängigkeit einer Nation mit Füßen getreten; auf der andern Seite „an der Schelde und an der Isar Erscheinungen, die man vor kurzem noch zu den Unmöglichkeiten gezählt hätte,“ dann die Kräftigung des constitutionellen Prinzips im Norden von Deutschland — „ein längst verkündeter und verheißener doch jetzt erst erscheinener Stern.“ Hier eine neue geistige Welt, geschaffen von dem rastlos forschenden Menschengenisse, dort verstocktes Festhalten an mumienhaften socialen Einrichtungen und verkehrten Institutionen — daher das Feuer, welches Europa durchzuckt. „Das Gewitter leuchtet, aber der europäische Staatencoloss achtet seiner nicht, denn er schläft — einen gefährlichen Schlaf.“ — In der Schweiz spiegeln sich im Kleinen die europäischen Zustände, aber ihre Einrichtungen begünstigen mehr als andere die Reibung der Meinungen in politischen und religiösen Dingen. Die politischen Verfassungen der Kantone beruhen, eine einzige (Neuenburg) ausgenommen, auf dem „ewig und einzig wahren“ Prinzip der Volkssouveränität, wodurch eine längst ersehnte materielle Einheit in der Eidgenossenschaft hergestellt ist. Bürgerliche Gesetzgebung und Volksschule sind verbessert, die Handelsfreiheit bewährt sich durch günstige Ergebnisse, Zölle und Weggelder werden möglichst beseitigt, die Straßen verbessert; der Schweizer folgt dem Britten überall hin, Absatz suchend für seine Produkte, Eisenbahn und Zollconcordat werden den Handel weiter fördern, Ackerbau und Alpwirtschaft blühen und der Noth

des Augenblicks wurde in einer Weise entgegen gewirkt, wie bei keiner andern Nation und die Verbesserungen im Militärwesen, unterstützt und belebt durch das tiefwurzelnde, „ja so Gott will, unzerstörbare“ Gefühl der Schweizer für ihre Nationalität, gewähren den schönen Früchten des Friedens die sicherste Garantie für die Zukunft.

Der Vortrag schildert dann, im Gegensatz zu der materiellen Einheit, die äußere Bundesverfassung, ein loses Band, „das weder der Ausdruck der Gefühle und Anschauungsweise des Volkes war, noch jene einheitliche Kraft verkörperte, welche Jahrhunderte hindurch mittelst der Tradition aufgefressen und thatsächlich ausgebildet, später aber durch große weltgeschichtliche Ereignisse unterbrochen worden war.“ Daher das steuer- und ziellose Schwanken des eidgenössischen Staatsschiffs. „Hier, o Eidgenossen — fährt der Redner fort — hier ist die Wunde, an welcher das Vaterland leidet; hier, o ihr Boten der Stände, hier Hand anzulegen, und den Bund in Einklang zu bringen mit den Begriffen und Gefühlen des Volks, das ist eure heilige, unabwiesbare Pflicht.“ Die übereinstimmenden wesentlichen Grundzüge der Kantonal-Verfassungen sollen die gerechte Grundlage eines neuen Bundes bilden, der mit möglichster Schonung der Souveränität und Eigenthümlichkeit der verschiedenen Stände eine Gesamteidgenossenschaft darstelle, die sicherste Gewähr für Erhaltung der Selbstständigkeit der Nation und die Durchführung der zu ihrer Wohlfahrt dienlichen Maßregeln (sind diese Wünsche nicht auch für Deutschland zu hegen?). Den gegenwärtigen Zeitpunkt hält der Vortrag einer Verbesserung des Bundes für günstig, weil jetzt noch mit Besonnenheit und klarem Ueberblick festgestellt werden kann, was den Verhältnissen angemessen ist, bald, wenn die Gewitterwolken, die am Horizonte aufsteigen, sich entladen, dürfte es zu spät werden, und das Staatsschiff dem Spiele des Zufalls überlassen bleiben. „Das längst abgenutzte Phantom fremder Einmischung“ schreckt den Redner nicht, weil die Interessen der Mächte, welche die Neutralität der Schweiz verbürgen, noch dieselben und das Friedensprinzip ein wirksamer Sporn ist, die Unabhängigkeit der Schweiz zu achten. Zudem gestattet das positive Recht keine Einmischung; kraft ihrer Souveränität kann sich die Schweiz selbst ihre Verfassung geben, und die Mächte haben nicht den Bundesvertrag, sondern das Gebiet der Eidgenossenschaft garantiert. Sollte aber dennoch eine Einmischung versucht werden, „so soll die Welt wissen“ — damit schließt der Vortrag — „daß die Schweiz, stark durch ihr gutes Recht, groß durch die überall hin verzweigten Sympathien aller freien und nach Freiheit ringenden Völker, die letzte Kraft und das letzte Herzblut aufzuopfern wissen wird, ihre von den Vätern in so mancher heißen Schlacht erkämpfte Unabhängigkeit zu wahren, und dieses kostbarste aller Güter, wie ererbt, so unverkümmert und in ihrer vollen Bedeutung als heiliges Vermächtniß auf Kinder und Kindeskinde zu übertragen.“

Die Deutsche Zeitung bringt, nach dem Werke von Mathias Koch über Oesterreichs innere Politik, eine gedrängte Darstellung der Zustände, welche das sogenannte conservative System in Oesterreich geschaffen hat. Darin heißt es unter Anderem: „Von 1820 an ward Oesterreich unter dem Druck des conservativen Systems der ausgebildete Beamten- und Polizeistaat in Europa. Der Staatsmechanismus, der

vom Größten zum Kleinsten Alles nach dem System zuschnitt, hatte einen völligen Stillstand der Entwicklung zur Folge, und führte die Fäulniß der Zustände nach sich, die jetzt den Staat mit Gefahr bedroht. Die bäuerlichen Verhältnisse blieben seit 60 Jahren unregelt liegen, der Ackerbau, die Grundlage von Oesterreichs Wohlstand, litt unter dieser unmäßigen Versäumniß in einer Zeit, wo alle Länder rastlos fortschritten; die ackerbauende Klasse versank in einen Schuldenstand, dessen Erhebung ein erschreckendes Ergebnis liefern würde; die Schuldenlast hat das bäuerliche Grundeigenthum in Niederösterreich zu  $\frac{1}{2}$ , in dem salzburgischen Flachboden zur Hälfte, im Gebirgsland ganz verschlungen; der Nothstand der Bauern in Galizien und selbst in Oesterreich hat die Unfähigkeit herbeigeführt, die Naturalabgaben mit Geld abzulösen, so daß ein Ablösungsgesetz nicht einmal allgemein Erfolg haben konnte. Der Stand der Bauern ward den Interessen des Adels und der Geistlichkeit aufgeopfert. Der Bauer hat im Jahre 156 Frohntage für den adeligen Gutsherrn, 52 Sonntage und 18 gebotene Feiertage für die Kirche, dazu noch 30 abgeschaffte aber vom Landvolke beibehaltene für den Aberglauben, es bleiben ihm daher noch 117 Arbeitstage, wobei die Wallfahrten noch nicht gerechnet sind, die so unmäßig gefördert wurden, daß in Tyrol allein 170 Wallfahrtsorte bestehen! Dazu rechne man die indirekte Besteuerung, die dem Bauer durch bettelnde Mönchs- und Nonnenklöster und den eingerissenen Kirchenlurus erwächst, die ganze Reihe von Abgaben, die er an den Staat und den Gutsherrn zu entrichten hat, so erklärt sich leicht die gänzliche Verarmung dieses Standes. — Nachdem nun weiter die Uebermacht des Adels, die Richtung der Geistlichkeit, das Verhalten der Beamten, die einseitige Beschränkung der Wissenschaft, der Druck der Censur in scharfen Zügen geschildert worden, kommt der Verfasser auf eine der schlimmsten Folgen des „Beharrungssystems“, auf die sittliche Erschlaffung, welche in Oesterreich alle Stände ergriffen hat. „Die sinnliche Richtung, der das conservative Regierungssystem allein Spielraum ließ, hat Alles Andere verschlungen, füllt die Geister vollständig aus und läßt keinen Raum für andere Beschäftigungen. Aus diesem grundsätzlich belassenen Erschlaffungszustande ist zu fürchten, daß sich die politischen Uebel gerade entwickeln, die man zu beseitigen glaubte. Man hat das Volk in diesen geistigen Schlaf versetzt, der aber bereits voll böser Träume ist. Man hat das geschriebene Wort durch die Censur und das gesprochene durch die geheime Angeberei erstickt. Man hat so die sogenannte „gute Gesinnung“ gebildet, indem man in die Hände der Bösen eine allen Guten gefährliche Macht legte. Aber von den Tagen an, wo Denunziationen und geheime Nachstellungen begannen, begann einst auch der Verfall des römischen Reichs. Man hatte den wunderwirkenden Volksgeist von 1809 verübt, die Theilnahmslosigkeit an Interessen des Staats, die herbeigeführte Grabesfülle im Staat und den mechanischen Uhrwerkelauf der Geschäfte als ein Zeichen der Volkszufriedenheit geäußert. Mit diesen Wirkungen des conservativen Systems stellte sich dann ungebeten jene Erschlaffung im Gebiete geistiger Thätigkeit und in den sittlichen Antrieben, Materialismus und Selbstsucht, zerrüttetes Familienleben und sittenloses Volksleben ein. „Zarte und edle Gefühle scherzte und spöttelte man aus den Herzen, bis man anfing, sich ihrer zu schämen. Die Weiber wurden gemein, die Männer roh, der Anstand beider lästig. Wo die Schranke zerbrochen werden

konnte, ward sie jauchzend gebrochen. Jeder that, was ihm durch den Sinn fuhr und die öffentliche Meinung ward ungeschont verhöhnt. Der Mensch ward, wozu man ihn gemacht hatte. Die Geister waren ausgezogen, und nun walteten die Dämonen,“ Sittenpolizei, Censurverschärfung, Jesuitenberufung, Alles schlug fehl, „und man machte endlich die unerwartetste aller Erfahrungen: daß der erlahmte Volksgeist erwacht sei, und die öffentliche Meinung gewaltsam sich Bahn gebrochen habe!“ — Es haben sich Gegensätze in allen möglichen Beziehungen gezeigt, die durch nicht gerechtfertigte Freiheitsbeschränkung hervorgerufen sind; ein Erzeugniß der Unnatur und Unzweckmäßigkeit des Systems, das unter der Macht der Zeitverhältnisse der Regierung unter den Händen entweicht. Die galizische Bauernbewegung hat unsanft aus dem Schlafe der Unthätigkeit gerüttelt, sie gab einen grellen Anstoß zum Verlassen des Systems in Beziehung auf den Besitzstand, um dessentwillen es hauptsächlich eingeführt ward. — Der Verfasser führt die weiteren Zeichen des erwachenden Geistes bedeutsam vor dem Leser vorüber, setzt ihnen durchgreifende Vorschläge zur Verbesserung entgegen, und sie werden keinem Deutschen gleichgültig sein, der bedenkt, daß die Schicksale des gemeinsamen Vaterlandes wesentlich durch den Gang der Dinge in Oesterreich bedingt werden. —

Karlsruhe, 5. Juli. In der heute vom großen Bürgerausschusse abgehaltenen Sitzung wurde ein Gegenstand zur Entscheidung gebracht, der schon seit Jahren die Gemüther in Anspruch nimmt, aber auch von wichtigen Folgen für die Zukunft Karlsruhe's sein wird. — Es handelte sich nämlich um die Frage, soll die Erlaubniß erteilt werden, auch außerhalb der Stadtthore, namentlich in der Nähe und hinter dem Bahnhof Wohnungen erbauen zu dürfen, die mit der Stadt später ein harmonisches Ganze bilden. Diese Frage wurde früher vom Gemeinderath verneint, weil, wie behauptet wurde, andere innerhalb der Thore liegende Stadttheile erst ausgebaut werden sollten, und weil es nicht möglich sei, das Detroi in den außerhalb der Thore zu erbauenden Stadttheilen zu erheben, wodurch der Stadt eine wesentliche Einnahme entginge. Der jetzige Gemeinderath, und ebenso der große Ausschuss, sprach sich nun mit großer Majorität dahin aus, man solle diese Erlaubniß, außerhalb der Stadtthore zu bauen, erteilen, und zwar nur mit den Beschränkungen, welchen der Einzelne zum Wohl der Gesamtheit stets unterworfen ist. Es wurde in der Diskussion über den angeführten Gegenstand neben den allgemeinen Gründen, die bisherigen Beschränkungen aufzuheben, noch besonders hervorgehoben, daß es eine Lebensfrage für Karlsruhe sei, den Bahnhof in die Stadt zu ziehen, und dadurch den jetzt schon bestehenden Stadttheilen Leben und Bewegung zu verschaffen. Daß die Erhebung des Detroi kein Hinderniß sein könne, wurde vielfach ausgesprochen, und auf andere Städte deshalb hingewiesen, die gar keine Thore haben. Eine weitere Sitzung über diesen Gegenstand ist in vierzehn Tagen anberaumt, in welcher die Frage über Anlegung von Straßen, Eintheilung in Quartiere und Einfriedigung der außerhalb der Stadt zu erbauenden Theile, auf den Grund der Vorlagen einer zu diesem Zweck gewählten Commission aus allen drei Bürgerkollegien zur Entscheidung gebracht werden soll. Erfreulich ist die rege Theilnahme, die sich bei den Mitgliedern des Ausschusses, so wie auch beim Publikum, bei der

Berathung der städtischen Angelegenheiten zeigt — so wie auch das Streben nach würdiger parlamentarischer Haltung der Versammlung Anerkennung verdient. Die ganze Verhandlung, nach stenographischer Aufzeichnung, bringt der Karlsruher Beobachter.

### Verschiedenes.

— Herr Altbürgermeister Speyerer in Heidelberg hat einen Ehrenpokal, den er vor Jahren von der Bürgerschaft als Zeichen der Anerkennung seiner Verdienste erhalten, dem Gemeinderath zurückgegeben, um darüber zum Besten der Stadt nach Belieben zu verfügen. Als Grund gab er die unedeln Ausfälle, welche aus der Bürgerschaft gegen ihn geschleudert werden, an, und hofft, durch diesen Schritt die Furcht vor seiner Rückkehr zu beseitigen. Der Gemeinderath hielt sich zur Annahme des nicht von ihm ausgegangenen Pokals nicht für ermächtigt und sendete denselben mit höflichem Schreiben an Herrn Speyerer zurück.

— Der Turnverein in Offenbach ist aufgelöst, die Fortsetzung oder Bildung eines neuen Vereins bei Strafe verboten; gemeinsame körperliche Uebungen werden nicht mehr geduldet. — In Hannover ist die auf October anberaumte Versammlung der norddeutschen Mäßigkeitsfreunde verboten worden. — In Oestreich wird das Wort „Turnen“ von der Censur gestrichen.

— Dem Turnverein in Homburg sind alle militärischen Uebungen verboten und alle Militärpersonen haben austreten müssen.

— Die deutschkatholische Gemeinde in Durlach hat endlich die Erlaubniß bekommen, Gottesdienst halten zu dürfen; in Mannheim wurden am 4. Juli drei Kinder deutschkatholisch confirmirt.

— Die Universität Freiburg zählt gegenwärtig 217 Studierende, worunter 173 Inländer und 44 Ausländer. Die Freiburger Zeitung nennt dies eine erfreuliche Frequenz.

— In Holland greifen die Ruhestörungen um sich. Neuerdings kam es in Gröningen zum Kampfe zwischen Volkshäusern und Soldaten, wobei vier Personen getödtet und zwölf schwer verwundet wurden.

— In Krakau wurde am 23. Juni bei einem falschen Feuerlärm Militär und Polizei verhöhnt und mit Steinen geworfen. Darauf erfolgten Verhaftungen und alles war ruhig.

— Abdel Kader hat, wie unterm 25. Juni aus Algier berichtet wird, marokkanische Truppen unter Anführung eines kaiserlichen Prinzen geschlagen. Er kann noch Kaiser von Marokko und dann den Franzosen wieder fürchtbar werden. Alle beurlaubten Offiziere der Armee in Algier sind auf ihre Posten beordert.

— Die Mehgerinnungen zu Stuttgart und Göttingen haben an die Regierung die Bitte gerichtet, die Ausfuhr des Schlachtwiehs durch einen dem Verbot gleichkommen den Zoll zu beschränken, um einer Theuerung des Fleisches vorzubeugen.

— Der tüchtige kurheffische Abgeordnete Wippermann, welchem unter nichtigen Vorwänden der Eintritt in die Ständerversammlung verweigert wurde, hat seine Abgeordnetenstelle niedergelegt.

— Auf dem außerordentlichen Landtag für Kärnten,

der am 16. und 17. Juni zu Klagenfurt abgehalten wurde, kam zur Sprache, daß von dem Hofkanzlerlaß vom 18. Dezember 1846 über Ablösung von Frohnden noch kein Gebrauch gemacht, daß noch keine einzige Ablösung erfolgt sei. Der Grund liege hauptsächlich in dem Widerwillen der Landleute. Es wurde eine Commission ernannt, welche mit einem Ausschuss von Grundbesitzern zusammentreten und den diesjährigen ordentlichen Landtag einen Vorschlag zur Beförderung der Ablösung von Frohnden und Feudallasten machen soll.

— Dr. Eisenmann ist endlich auch begnadigt worden. Vor einigen Jahren hatte eine große Anzahl bayerischer Aerzte im Interesse der Wissenschaft um Freilassung des ausgezeichneten Gelehrten und Schriftstellers gebeten; sie waren aber sehr ungnädig abgewiesen worden.

— Von der ersten Versammlung des Vereins für die Uhrmacherei auf dem Schwarzwald zu Böhrenbach, am 28. Juni, woran über 300 Personen Theil nahmen, wurde beschlossen: die Regierung zu bitten, eine Uhrengewerkschule nebst Musterwerkstatt zur Verfertigung von Stockuhren, vielleicht auch von Taschenuhren zu errichten; vier sachkundige Schwarzwälder in die Schweiz, nach Frankreich und England zu schicken, um Werkzeuge, Maschinen, Musteruhren und Verfertiger von solchen für die Musterwerkstatt mitzubringen; endlich auch Erkundigungen einzuziehen, ob nicht für Schwarzwälderuhren Absatz nach China zu erwarten sei. Auf Antrag des provisorischen Verwaltungsraths wurde auch die Bitte um Errichtung einer Staatsbank an die Kammer einstimmig angenommen.

— In Köln ist ein großartiges Manöver von Landwirthen, durch Aufkauf von Früchten die Preise in die Höhe zu treiben, nach kurzer Frist gescheitert. Die Unternehmer, welche gegen Herrn Camphausen, der verkauft hatte, operirten, litten gebührenden Schaden.

— In Berlin wird am 19., 20. und 21. Juli das hundertjährige Stiftungsfest der märkischen Schützengilden gefeiert. Ueber 900 Gesellschaften aus der Mark, aus Preußen, Schlesien und Sachsen sind eingeladen und viele davon werden erscheinen.

— In Oestreich ist unterm 11. Juni verordnet worden, daß Handwerksgefelln und andere Arbeiter an der Grenze zurückgewiesen werden, wenn sie nicht nachweisen können, daß ihnen im Lande Arbeit zugesichert ist.

— In Düsseldorf soll ein großes Fest statt finden, wozu alle rheinischen Abgeordneten geladen werden. Festlicher Empfang wurde den meisten zu Theil. Hansemann soll eine Bürgerkrone, Beckerath einen Wagen erhalten.

— In Mainz ist am 4. Juli der erste deutschkatholische Gottesdienst gefeiert worden. Die Gemeinde ist nicht zahlreich, besteht aber meist aus wohlhabenden und angesehenen Familien.

— Russische Professoren, welche zur Vervollkommnung ihrer Studien sich in Oestreich aufhielten, trieben dort Panflavismus, d. h. sie suchten den Slaven begreiflich zu machen, russisch wäre für sie besser als östreichisch. Die östreichische Regierung klagte in Rußland und die Professoren sitzen jetzt zu Petersburg im Gefängniß. Gleichzeitig sind alle Professoren in Rußland durch das Ministerium des Volksunterrichts aufgefordert worden, das panflavisches Treiben aufzugeben. So geht es in Rußland denen, die ungeschickt sind und sich erweisen lassen.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagsbandlung.